

SEBASTIAN BREHM

Für Nürnberg in Berlin



Liebe Bürgerinnen,
liebe Bürger!

Die letzte Sitzungswoche des Jahres ist zu Ende. Gleichzeitig geht die Legislaturperiode in ihre zweite Halbzeit – also Bergfest im Bundestag. Doch von Feierlaune kann keine Rede sein. Im Gegenteil: Die Ampelkoalition muss nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Schuldenbremse nachsitzen. Knapp vor Jahresende wurden die Fehler im Haushalt 2023 mit einem Nachtrag geheilt.

Der Etatentwurf für das nächste Jahr musste kurz vor der Verabschiedung gestoppt werden – auch er war verfassungswidrig aufgestellt. Nach endlosen Nachtsitzungen haben die Regierungsspitzen quasi in letzter Minute eine Einigung vorgelegt. Fortsetzung im nächsten Jahr. Mehr dazu im Newsletter.

Die Wirtschaft – ohnehin weiter auf Talfahrt - ist zunehmend genervt von dem Berliner Koalitionsgezerre. Die Reaktion der Bürger: Absturz von Kanzler, Kabinett und Ampelparteien in den Umfragen. Schlechte Nachrichten kamen kam am Freitag von der Bundesbank. Die Notenbank korrigierte

die Konjunkturprognose nach unten. Nur 0,4 Prozent Miniwachstum statt plus 0,7 Prozent, wie der Sachverständigenrat prognostiziert hatte. Beim Institut der deutschen Wirtschaft (IW) herrscht Pessimismus. Dort rechnet man mit der Rückgang der deutschen Wirtschaftsleistung im nächsten Jahr um 0,5 Prozent.

Es ging aber nicht nur um Haushaltsstreit und Zahlen in der abgelaufenen Woche. Intensiv befasste sich der Bundestag auf Initiative von CDU und CSU mit notwendigen Verbesserungen bei der Inklusion. Mehr dazu im Newsletter.

Zum parlamentarischen Jahresabschluss ging es für mich noch drei Mal ans Rednerpult des Plenarsaals. Themen waren das [Finanzkriminalitätsbekämpfungsgesetz](#), die [kalte Progression](#) und das [Parteiengesetzes](#), das die Finanzierung der Parteien regelt. Künftig gibt es mehr Transparenz bei Spenden und Sponsoring für Parteien.

Ich wünsche Ihnen eine schöne neue Woche, ein gesegnetes Weihnachtsfest, ein gutes neues Jahr 2024 und viel Spaß beim Lesen dieses Newsletters.

Es grüßt Sie herzlich
Ihr Sebastian Brehm



Die Zeche müssen die Bürger zahlen



Was lange währt wird doch nicht immer gut, auch wenn das Sprichwort anders endet. Was Bundeskanzler, Wirtschafts- und Finanzminister nach wochenlangem Hin und Her vorlegten, um ihren verfassungswidrigen Haushaltsentwurf für 2024 grundgesetzkonform zu gestalten, dürfte tiefe Löcher in die Kassen der privaten Haushalte reißen. Und manche Folgen sind noch gar nicht überschaubar, weil die Regierungsspitzen den Schleier des Ungefähren darüber ausbreiteten. So bleibt unklar, wie die Milliarden für Ausbau und Modernisierung der Schieneninfrastruktur finanziert werden sollen. Die Mittel im Klima- und Transformationsfonds (KTF) wurden gestrichen. Man wolle das anderweitig finanzieren, hieß es nur.

Aber es gibt auch gute Nachrichten. Der steuerliche Grundfreibetrag soll von aktuell 10.908 Euro auf 11.784 Euro je Erwachsenen steigen, der Kinderfreibetrag von 6.024 auf 6.384 Euro pro Kind. Allerdings: zu dieser Anpassung ist die Regierung verpflichtet. Dass es etwas mehr ist als ursprünglich geplant, ist eine Folge der drastischen Erhöhung des Bürgergeldes.

Doch wie gewonnen, so zerronnen. Denn im nächsten Jahr wird es richtig teuer – vor allem in Sachen Energie. Hauptgrund: die Anhebung der CO₂-Abgabe. Das bedeutet voraussichtlich einen Preisaufschlag für Diesel um 4,7 Cent und für Benzin von 1,4 Cent je Liter. Betroffen sind vor allem Berufspendler, Handwerker und Speditionen.

Doppelt hart wird es bei Gas und Heizöl als Folge der höheren CO₂-Abgabe. Preisaufschlag pro Liter Heizöl sechs Cent und für die Kilowattstunde Gas rund einen Cent. Hinzu kommt: Mitten in der Heizsaison fallen zum 1. Januar 2024 die Preisobergrenzen bei Strom, Fernwärme und Gas für 80 Prozent des Vorjahresverbrauchs von 12 Cent/kWh für Gas, 40 Cent/kWh für Strom und 9,5 Cent/kWh für Fernwärme. Gleichzeitig steigt zudem die Mehrwertsteuer von 7 auf 19 Prozent. Bei Strom kommen auch noch höhere Netzentgelte hinzu.

Angesichts der drohenden Kostensteigerung für Energie ist auch die Wirtschaft in Alarmstimmung. Die Unternehmen fürchten Mehrkosten bei Energie von 10 bis 20 Prozent. Das dürfte weitere energieintensive Betriebe ins Ausland treiben oder mangels Wettbewerbsfähigkeit zur Aufgabe zwingen. Schon für dieses Jahr verzeichnete das Statistische Bundesamt einen massiven Produktionsrückgang in den energieintensivsten Branchen.

Auch fliegen wird teurer. Ab Jahresbeginn 2024 wird die CO₂-Abgabe auch auf Flugbenzin für innerdeutsche Flüge erhoben. Und wer in Kneipen, Restaurants und Hotels zum Essen geht, auf den dürften deutlich höhere Preise warten. Die Mehrwertsteuer für Speisen steigt zum

Jahresbeginn wieder von sieben auf 19 Prozent. Die Ampelkoalition verweigerte eine Fortsetzung der reduzierten Mehrwertsteuer über den 1. Januar 2024 hinaus. Im Wahlkampf 2021 und auch noch danach hatten sowohl Kanzler Scholz als auch Finanzminister Lindner versichert, die Steuersenkung werde nicht zurückgenommen.

Schlechte Nachrichten auch für die Landwirte: Die Steuerermäßigungen für Agrardiesel und die Kfz-Steuerbefreiung für Land- und Forstwirtschaft fallen dem rot-grün-gelben Streichkonzert zum Opfer.



Sebastian Brehm: „Was Bundeskanzler, Wirtschafts- und Finanzminister nach wochenlangem Gezerre

vorgelegt haben, ist eine Notoperation zur Rettung der Ampelkoalition. Die Zeche müssen die Bürger zahlen. Zu befürchten sind auch neue Finanztricks etwa zur Finanzierung von Ausbau und Sanierung der Schieneninfrastruktur.“

Bauen, bauen, bauen



Die Lage auf dem Wohnungsmarkt ist dramatisch. Die Zahl der Neubauten sinkt, die Baukosten steigen. Bauprojekte werden reihenweise storniert, Bauunternehmen geraten

in Schieflage. Statt des von Rot-Grün-Gelb versprochenen Neubaus von 400.000 Wohnungen sind es in diesem Jahr nur 223.000 und im nächsten Jahr voraussichtlich sogar nur 177.000. 44 Prozent der Baufirmen berichten von fehlenden Aufträgen, mehr als 20 Prozent von Auftragsstornierungen. Investoren motten ganze Bauprojekte ein. Die Zahl der Baugenehmigungen für Privathäuser befindet sich im freien Fall. Gleichzeitig stoppt die Regierung Förderprogramme, verringert die Mittel dafür oder verschärft die Kriterien für die Bewilligung von Fördermitteln.

Unsere CDU/CSU-Fraktion hat deshalb jetzt ein eigenes umfassendes Handlungskonzept entwickelt. Wesentliche Eckpunkte: Steuervergünstigungen, Förderprogramme und Beseitigung von kostentreibenden Bauvorschriften. In der Steuerpolitik schlägt die Unionsfraktion Sonderabschreibungen für den sozialen Wohnungsbau und steuerliche Vergünstigungen für den Bau klimafreundlicher Wohnungen vor. Die Länder sollen Familien außerdem beim erstmaligen Kauf einer selbstgenutzten Immobilie Freibeträge für die Grunderwerbssteuer einräumen können.

Familien mit geringem und mittlerem Einkommen, die ein Haus oder eine Wohnung kaufen oder bauen wollen, sollen Fördergelder erhalten. Dabei soll vor allem Mietkaufmodelle die erstmalige Anschaffung von Wohneigentum erleichtern. Damit sich junge Leute den Kauf eines älteren Hauses leisten können, sollen sie über ein Programm „Jung kauft Alt“ bei der klimagerechten Sanierung und Modernisierung der Immobilie unterstützt werden.

Bei den Baukosten müssen vor allem die preistreibenden energetischen Vorschriften gedeckelt werden. Dazu muss der von der

Ampel-Koalition für 2024 geplante gesetzliche Standard EH40 ausgesetzt werden. Stattdessen soll es beim sogenannten Effizienzhaus 55 bleiben, also einem Gebäude, das nur 55 Prozent der Primärenergie eines herkömmlichen Gebäudes verbraucht.



Sebastian Brehm: „Die Ampelkoalition hat große Versprechungen gemacht. Doch sie hält sie nicht ein. Stattdessen sind die

Wohnungswirtschaft und mit ihr Teile der Bauwirtschaft ins Trudeln geraten. Wir brauchen dringend eine Neuausrichtung der Wohnungsbaupolitik, wenn sich die Lage nicht weiter verschärfen soll.“

Inklusion voranbringen



Trotz aller Fortschritte in der Vergangenheit: Inklusion bleibt weiter eine große Herausforderung für Gesellschaft und Politik. Mehr Tempo auf dem Weg ist unverzichtbar. Auf Initiative der CDU/CSU-Fraktion debattierte der Bundestag in dieser Woche über das Thema.

Für mehr Tempo für Barrierefreiheit und einen inklusiven Sozialraum braucht es vor allem auch

mehr Geld. Das könnte u.a. aus vorhandenen Förderprogrammen der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) kommen, wenn man etwa das Programm "Altersgerecht Umbauen" finanziell aufstockt und neue Programme auflegt, um etwa den Umbau nicht barrierefreier Arztpraxen und Gesundheitseinrichtungen zu unterstützen.

Nachholbedarf gibt es auch beim Ausbau barrierefreier Mobilität mit Bus, Bahn und Taxi. Mittel etwa für ein rasches komplett barrierefreies ÖPNV-Angebot wären durchaus vorhanden. So könnten in Milliardenhöhe vorhandene Ausgabereste beim ÖPNV für den barrierefreien Ausbau von Bahnhöfen genutzt werden. Vor allem aber müsste mit mehr Kontrollen und Sanktionen die Vorgabe des Personenbeförderungsgesetzes durchgesetzt werden, wonach bereits seit 1. Januar 2022 eine vollständige Barrierefreiheit für die Nutzung des ÖPNV hätte erreicht werden müssen.

Inklusionsdefizite müssten aber auch bei Reisen und Kultur angegangen werden. Schon heute gibt es das Zertifizierungs- und Kennzeichnungssystem „Reisen für Alle“. Doch es muss dringend auf finanzielle sichere Beine gestellt werden. Daneben braucht es bundesweit einheitliche und einfach handhabbare Kriterien, um das Label besser zu etablieren. In Abstimmung mit Behindertenverbänden, Tourismuswirtschaft, der Kulturbeauftragten der Bundesregierung sowie den Ländern sollten Konzepte entwickelt werden, die die Barrierefreiheit entlang der gesamten touristischen Leistungskette zum Standard machen.

Weiterhelfen könnten dabei auch ein runder Tisch „Barrierefreie Reise- und Kulturerlebnisse“

und eine Datenbank, die alle barrierearmen und barrierefreien Angebote auflistet. Die Bundeskultureinrichtungen könnten mit gutem Beispiel vorangehen und Barrierefreiheit zum Qualitätsstandard machen.



Sebastian Brehm: „Die Defizite bei der Inklusion sind unübersehbar und eines hochentwickelten Landes unwürdig. Die Ampel hat in ihrem Koalitionsvertrag große Versprechungen gemacht. Aber noch fehlen die Taten.“

**65.000 Euro
für Engelein e.V.**



Auch in diesem Jahr habe ich wieder als Schirmherr den Radio F-Spendentag unterstützt. Insgesamt kamen bislang 65.000 Euro zusammen, die ohne jede Abzüge an den Verein Engelein e.V. gehen, der sich in vorbildlicher

Weise um krebserkrankte Kinder und ihre Familien in Franken kümmert. Vielen Dank allen Spendern für ihre Hilfe. Mein besonderer Dank gilt auch der Familie Specht und ihrem ehrenamtlichen Team, die sich Tag für Tag engagieren.

Mit dem Brehm.mobil unterwegs



Vorweihnachtliche Bürgersprechstunde mit dem Brehm.mobil in Zabo. Ich durfte wieder einmal zahlreiche Anregungen entgegennehmen und auch viele Fragen beantworten. Ich freue mich schon auf die nächste Begegnung mit Ihnen im neuen Jahr.

Sebastian Brehm, MdB | Dipl.-Kfm., Steuerberater

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

030-227-74074 • Fax 030-227-70072

sebastian.brehm@bundestag.de

www.sebastianbrehm.de



Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Alle Fotorechte Sebastian Brehm, MdB, falls nicht anders angegeben.